

"Mr. WEU kämpft unverdrossen weiter um ‚sein‘ Parlament" in Das Parlament (14. Dezember 1991)

**Quelle:** Das Parlament. 14.12.2001. Berlin: Deutscher Bundestag.

**Urheberrecht:** (c) Das Parlament/ Hartmut Hausmann

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"mr\\_weu\\_kampft\\_unverdrossen\\_weiter\\_um\\_sein\\_parlament"\\_in\\_das\\_parlament\\_14\\_dezember\\_1991-de-7724fe7f-ec44-4f95-9063-628bafa420a8.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

Europäische Köpfe: Klaus Bühler

## Mr. WEU kämpft unverdrossen weiter um „sein“ Parlament

Von Hartmut Hausmann

Klaus Bühler ist viel auf Achse. Seit der Bundestag nach Berlin zog, ist der Weg des Abgeordneten von seinem Wahlkreis Karlsruhe-Land in die Hauptstadt zu den längsten in Deutschland geworden. Doch als Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU in Paris hat er seit zwei Jahren eine zweite Wirkungsstätte, die fast genau so weit entfernt, aber in entgegengesetzter Richtung liegt. Und dieses Amt hat ihn mit vielen Reisen in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten in einen äußerst enger Zeitplan eingebunden, da auch der Wahlkreis seine Präsenz erfordert.

Die ohnehin aufreibende Plenarsitzungswoche in der französischen Hauptstadt wurde im diesem Dezember unerwartet hektisch. Neben der üblichen Leitung der Versammlung, den Präsidents- und Ausschusssitzungen, den Gesprächen mit hochrangigen Besuchern, wie dem Hohen Beauftragten für die Außenpolitik der EU, Javier Solana, oder dem mazedonischen Staatspräsidenten Boris Trajkovski, wurde Bühler durch die Nachricht gefordert, der WEU-Rat der Außenminister habe eine Kürzung des Budgets der Versammlung vorgesehen. Das hätte bei gleichbleibenden Personalkosten eine Verringerung der für die Arbeit verbleibenden Mittel um 28 Prozent zur Folge.

### Finanzielle Einbußen

Sofort ruft der Präsident eine Runde aus Präsidium und Haushaltsexperten, erweitert um die Fraktionsvorsitzenden zusammen, um die Situation zu beraten. Da kommt am nächsten Tag Solana, der zugleich Generalsekretär der WEU ist, gerade recht, um den Unmut der Abgeordneten aus den 28 Ländern über sich ergehen zu lassen. Die Antwort des sichtlich genervten Solana war niederschmetternd: Angesichts des vielen Geldes, das zurzeit gebraucht werde, um der Welt Frieden zu bringen, habe er erwartet, dass die Versammlung sagen würde, nehmt das Geld das zur Befriedung Afghanistans und für die humanitäre Hilfe gebraucht wird von uns, anstatt wegen kleiner finanzieller Einbußen zu jammern.

Nein, Parlamentarismus, elementares Grundprinzip des in den letzten Wochen viel beschworenen Wertesystems, steht zurzeit nicht hoch im Kurs. Vor allem wenn es darum geht, in die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation der Regierungen in zwischenstaatlichen Gremien Transparenz zu bringen, wird parlamentarische Be-

gleitung eher als lästig empfunden. Wenn schon die nationalen Parlamente über die sicherheitspolitischen Ausgaben wachen, dann muss doch eine parlamentarische Begleitung der zwischenstaatlichen Gremien nun wirklich nicht sein, verlaute immer offener aus den Hauptstädten. Zu sehr betrachten die Regierungen die Sicherheitspolitik als ihre Domäne. Vor allem in Krisen- und Kriegszeiten. Das bekommt auch ein Präsident zu spüren, besonders von der eigenen Regierung. Während Außenminister Joschka Fischer erst beim zweiten Anlauf zur Besprechung konkreter Fragen bereit war, reagierte Verteidigungsminister Rudolf Scharping im Gegensatz zu den Ministerkollegen in allen anderen Regierungen überhaupt nicht. „Das hat aber nichts mit den unterschiedlichen politischen Lagern zu tun“, meint Bühler. „Unter einer CDU-Regierung wäre es wohl nicht anders gelaufen.“

### Abwehrhaltung

Auf die WEU trifft diese Abwehrhaltung noch stärker zu, als auf die anderen parlamentarischen Versammlungen, seitdem beschlossen wurde, die WEU als Instrument in die EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu überführen. Damit sei die Zuständigkeit der parlamentarischen Kontrolle auf das Europäische Parlament übergegangen, frohlockte der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im EU-Parlament, Parteifreund Elmar Brok, und lehnte jede Kooperation mit der WEU-Versammlung rundweg ab.

Vor diesem Hintergrund wurde 1999 der damals 58-jährige Bundestagsabgeordnete Klaus Bühler (CDU) zum Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der WEU gewählt. Ein Gremium mit 115 Abgeordneten aus den zehn Bündnisländern, ergänzt um mehr als die doppelte Zahl von Deputierten aus den assoziierten Mitgliedstaaten und Partnerländern.

Ihre Aufgabe ist es, die Regierungszusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu begleiten und für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Im Gegensatz zu den anderen Versammlungen war die WEU-Versammlung seit der Gründung des Bündnisses 1954 von Anfang an Teil des Vertrages, weil damals eine parlamentarische Dimension der Verteidigungspolitik für notwendig gehalten wurde. Deshalb sah es Bühler nach seiner Wahl auch nicht als seine Aufgabe an, die Funktion der Versammlung abzuwickeln und gegebenenfalls auf eine

andere Institution zu übertragen. Denn an der Notwendigkeit einer parlamentarischen Mitsprache in der europäischen Sicherheitspolitik hatte sich nichts geändert. Rechtlich ist die WEU-Versammlung an den Bündnisvertrag gebunden, der unabhängig von der EU weiterbesteht, und mit einer erheblich weitergehenden Beistandspflicht verbunden ist, als die in der Nato. Deshalb kann das EU-Parlament auch in diesen Fragen überhaupt kein Mitspracherecht geltend machen.

### Petersberger Aufgaben

Wenn die Europaabgeordneten aber zu Lasten der WEU-Versammlung zusätzliche Rechte erkämpfen wollen, wirft Bühler Brok vor, dann spielen sie jenen Regierungen in die Hand, die ohnehin eine Abschaffung der parlamentarischen Begleitung in diesem Bereich anstreben. Und das sind zweifelsfrei mit Deutschland, England und Frankreich jene drei „Großen“, die aus Anlass des Afghanistan-Krieges mit ihren Absprachen selbst die übrigen EU-Länder übergangen.

Jener Teil der WEU, der in die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernommen wird, und nicht das eigentliche Bündnis betrifft, umfasst die präventiven konfliktverhindernden, friedenserhaltenden und friedenszerstingenden Maßnahmen. Diese sogenannten Petersberger Aufgaben, benannt nach dem Ministertreffen der WEU auf dem Petersberg 1992, umfassen das gesamte Spektrum von Krisenmanagement-Operationen. Dieser Bereich fällt in Zukunft in den Zuständigkeitsbereich des Europäischen Parlaments, auch wenn dieses dabei keinerlei Entscheidungsbefugnisse hat.

Die drohende Lücke in der parlamentarischer Kontrolle wird auch von anderen WEU-Staaten gesehen und sogar von Solana eingestanden. Selbst Außenminister Joschka Fischer – „Da haben wir wohl was vergessen“ – gab dies nach einem Gespräch mit Bühler zu. So setzte sich Mr. WEU mit Energie und Zuversicht zusammen mit der vorherrschenden niederländischen und mit der derzeitigen belgischen Präsidentschaft für die Entwicklung eines Konzepts ein, wie die parlamentarische Dimension unter Einbeziehung der nationalen Parlamente, der WEU-Versammlung und des Europaparlaments auch in Zukunft gesichert werden könnte. Dieses Konzept sollte dann der EU als Verhandlungsgrundlage für die ab dem EU-Gipfel in Laeken beginnenden Beratungen

über einen neuen EU-Vertrag übermittelt werden, scheiterte jedoch im November am Widerstand Londons. Doch Bühler gibt nicht auf. An den Gastgeber des Gipfels, den belgischen Ministerpräsidenten, übermittelte er den Vorschlag der Versammlung, die sich als Vorgriff auf eine künftige Lösung offiziell auch als „Vorläufige Europäische Sicherheits- und Verteidigungsversammlung“ bezeichnet, bei der Einsetzung des geplanten Konvents zusätzlich zwei Vertreter der WEU-Versammlung zu berufen.

Auch mit dem ab Januar amtierenden spanischen EU-Vorsitz wurde bereits vereinbart, einen weiteren Anlauf zu unternehmen, um doch noch ein gemeinsames Konzept einer Parlamentarischen Dimension der ESVP zu entwickeln.

Am Ende der Woche in Paris, in der noch mit einem Mini-Stab die nächsten Schritte besprochen und eingeleitet wurden, ging es Freitags im Berufsverkehr mit dem Auto zurück. Ein Fluglotsenstreik verhindert eine schnellere Rückkehr in den Wahlkreis. Der Zufall will, dass als erster Termin am Samstag Morgen tatsächlich der sprichwörtliche Kreiskanzlerverein Bühlers Auftritt erwartet. Und prompt kommt auch wieder die Frage, was er mit dem Präsidentenamt in Paris denn zusätzlich verdienen. Groß ist das Staunen über die Antwort: „Das ist ein reines Ehrenamt.“ Mit einem Seniorentreffen, der Weihnachtsfeier der Parteigremien und einigen weiteren Stationen in seinem großflächigen Wahlkreis ist das Wochenende schnell vorbei, bevor es am Montag zur normalen Arbeit nach Berlin geht.

### Elan und Unterstützung

Warum lädt sich ein Abgeordneter, der in seiner Zeit als Lehrer seine politische Laufbahn schon 1968 mit einem Stadtratsmandat begann und seit 1974 siebenmal direkt in den Bundestag gewählt wurde, diese Belastung mit 60 Jahren noch auf? „Ich möchte mich von meiner politischen Arbeit lösen, solange ich das Gefühl habe, noch akzeptiert zu werden und einigermaßen sicher sein kann, wenn ich wollte, wiedergewählt zu werden.“ Für einen solchen Abgang sei die Aufgabe in der WEU eine große Herausforderung. Getragen wird sein Elan von der Unterstützung, die er in Europa über die Parteigrenzen hinweg erfährt. Auch hier gilt das Klischee, dass die härtesten Kontrahenten meist die eigenen Parteifreunde sind. Denn immer wieder fällt mit einem enttäuschten Schulterzucken der Name Elmar Brok.